

Österreichische Industrie- und Versorgungsfragen.

W. Wien, 28. Januar.

Der Absatz der österreichischen Eisenwerke im Dezember erreicht zwar nicht ganz die Rekordhöhe des Jahres im Oktober, war aber in allen Artikeln bis auf Grobbleche erheblich höher als im November und im Dezbr. des vorausgegangenen Jahres. Welche Schwankungen der Eisenabsatz in Österreich durchmachte, möge die Tatsache illustrieren, daß der Dezemberabsatz in Stab- und Fassoneisen allein heuer größer war als der aller vier in den Ausweisen enthaltene Artikel im Dezember 1913. Für das ganze Jahr 1915 überstieg der Absatz in Stab- und Fassoneisen die Vorjahreshöhe um 33 pCt., in Grobblechen um 25 pCt., in Schienen um 15 pCt. und nur in Trägern blieb er infolge der stockenden Bautätigkeit um gegen 20 pCt. zurück. Gegenüber dem Rekordjahr der österreichischen Eisenindustrie 1912 ist der Absatz in den vier Artikeln allerdings um noch etwa 22 pCt. zurückgefallen, außerdem war der Absatz nur im Jahr 1911 um 6 pCt. höher als im Kriegsjahr, weil damals die Bautätigkeit lebhaft und der Trägerabsatz daher hoch war. Für den Geschäftsgang in der Eisenindustrie ist es bezeichnend, daß obwohl die Kartellpreise für das erste Vierteljahr im wesentlichen unverändert geblieben sind, nach und nach alle Werke um K 10-20 pro Tonne höhere Preise berechnen können; das hängt offenbar auch mit der Kurssteigerung der Marknoten zusammen, die die deutsche Importparität erhöht. So wie die Eisenindustrie bis an die äußerste Grenze ihrer derzeitigen Leistungsfähigkeit beschäftigt ist, sind es auch weite Zweige der Maschinen- und Metallindustrie, die Kohlenproduktion und viele andere. Aber es gibt selbstverständlich auch manche Eisenindustriezweige, die vor allem unter Rohstoffmangel schwer leiden. Das hohe Aagio der Marknoten hat zur Folge gehabt, daß die Preise für die oberschlesische Kohle für Hausbrand in Wien heute um 20 Heller pro Mctr. erhöht worden sind. Während die Preise der oberschlesischen Kohle in Oesterreich im allgemeinen auch im Krieg durch freie Vereinbarung der Händler und Abnehmer festgesetzt werden, hat für Hausbrand in Wien die Regierung seit Kriegsausbruch auf die Preisbestimmung Einfluß genommen. Seit September ist der Preis mit K 4.14 pro Mctr. loko Bahnhof Wien festgesetzt worden, er ist damals auf Basis eines Marknotenkurses von etwa K 135 errechnet worden, inzwischen ist aber der Marknotenkurs fortgesetzt gestiegen, und so haben die Kohlenhändler schon seit Ende November Verhandlungen mit der Regierung wegen Erhöhung des Verkaufspreises eröffnet mit Hinweis darauf, daß sie bei dem festgesetzten Preis einen effektiven Verlust erleiden, der sich auch aus den Faktoren der Postsparkassa, die bis vor kurzem die Kohlenhändler mit Valuta versorgt hat, errechnen ließ. Sie verlangten einen Aufschlag von 34 Heller pro Mctr., was dem gegenwärtigen Valutastand Rechnung tragen und einen Ersatz für den in den vergangenen Monaten erlittenen Verlust aufteilt bis zum Monat August, ermöglichen sollte. Künftig sollte der Preis monatlich festgesetzt werden. Die Regierung zögerte begreiflicherweise, der Wiener Bevölkerung, die unter der allzulebenden Teuerung so schwer leidet, noch eine so bedeutende Verteuerung der Kohle aufzuerlegen. Die Kohlenhändler drohten aber, entweder den Preis selbständig festzusetzen oder das Wiener Geschäft, das für die großen Händler ohnedies nur eine geringe Rolle spielt, aufzugeben, und so tauchte der Vorschlag auf, daß die Regierung oder die Gemeinde Wien einen Teil des Schadens auf sich nimmt. Das hat die Regierung abgelehnt und schließlich haben sich die Händler mit einem Aufschlag von 20 Hellern begnügt, bei dem sie den Verlust der vergangenen Monate nicht hereinbringen können. Dabei ist es von prinzipiellem Interesse, daß unmittelbar nach dem die Regierung sich entschlossen hat, die am Neujahrstag erfolgte Erhöhung der Mehlpreise zurückzunehmen und den sehr großen Verlust, den die Kriegsgroßverkehrs-Anstalt bei der Versorgung der Bevölkerung mit Mehl erleidet, selbst zu tragen, bereits wieder ein ähnlicher Vorgang in Erwägung stand. Mit dem Augenblick, wo die Regierung der öffentlichen Meinung einmal nachgab, war zu erwarten, daß sie immer wieder ähnlichen Forderungen zugeben wird, die ja im Krieg nicht von vornherein auszuschließen sind. Nicht nur die Versorgung selbst, sondern auch die Erschwinglichkeit der Lebensmittel und wichtigsten Bedarfsartikel für die Kriegsvölker ist ein Faktor der Erreichung des Kriegszweckes und daher kann man es wohl vertreten, daß in gewissen Fällen die Regierung ein Opfer bringe, um die Verteuerung der wichtigsten Nahrungsmittel zu verhüten, und sie auf Kriegskostenkonto buche. Das war besonders beim Mehl am Platz, wo eine staatliche Monopolanstalt die Preise festgesetzt hatte und man erwarten durfte, daß sie annähernd bis zum Schluß des Erntejahres in Geltung bleiben würden. Nun wurde plötzlich eine Verteuerung in so bedeutendem Maße verfügt, daß sie für die minder bemittelten Schichten kaum erschwinglich gewesen wäre. Und der einmütige Widerspruch der öffentlichen Meinung veranlaßte die Regierung, die Preiserhöhung sofort zurückzuziehen. Daß aber die Regierung die Undurchführbarkeit nicht früher erkannt hat und sich durch den Widerstand der öffentlichen Meinung zur Rückziehung zwingen hat lassen, bewirkt natürlich, daß man auch bei anderen Bedarfsartikeln mit dem Ansinnen an die Regierung herantritt, eine drohende Verteuerung dadurch abzuwenden, daß der Staat ein Opfer auf sich nimmt. Mit Recht hat die Regierung dies bei der Hausbrandkohle abgelehnt, weil es sich nicht um einen staatlich organisierten Versorgungszweig, sondern nur um einen lokalen Notstand handelt, bei dem es, wenn öffentliche Mittel in Frage kommen, Sache der Gemeindeverwaltung wäre, einzuspringen.

Dagegen könnte früher oder später die gleiche Frage an die Regierung für Zucker herantreten. Die Versorgung mit Zucker ist in der Hand der Zuckerzentrale gelegt, welche zwar nur die Fortbildung des alten Zuckerkartells ist, aber unter staatlicher Überwachung steht. Die Zuckerpreise sind im Sommer vorigen Jahres bis Ende der Kampagne 1915/16 festgesetzt worden und die Bevölkerung darf darauf rechnen, daß innerhalb dieser Zeit keine Erhöhung eintritt. Unsere Zuckerversorgung ist bis ans Ende der Kampagne vollständig gesichert, da ein etwaiges Defizit in der für das Inland reservierten Menge infolge des sehr hohen Konsums — in den ersten fünf Kampagnenmonaten überstieg der Verbrauch zur menschlichen Nahrung die Vorjahreshöhe um 50 000 t — aus den für den Export bestimmten Vorräten gedeckt werden kann. Doch werden die sichtbaren Vorräte zu Ende der Kampagne wohl sehr gering sein. Umso wichtiger ist es, daß der Anbau, der im vorigen Jahr um 30 pCt. vermindert worden ist, nicht weiter eingeschränkt wird. So wie in Deutschland sind in Oesterreich und in Ungarn Verhandlungen mit der Landwirtschaft im Zuge, um eine Erhöhung des Anbaues zu bewirken. Die Landwirtschaft verlangt aber auch bei uns so wie in Deutschland wesentlich höhere Preise, und man wird sie, um den Anbau zu sichern, jedenfalls, wenn auch vielleicht nicht im vollen Ausmaß — verlangt werden K 4 pro Mztr. gegen 2.70 bis 2.80 im Vorjahr — befriedigen müssen. Dann ist natürlich eine Preiserhöhung des Zuckers unvermeidlich. Die Frage wird aber auch dadurch aktuell, daß die ungarische Regierung beabsichtigt, um die Kosten für die Rübenprämiere, die sie gewähren will, hereinzubringen, schon jetzt eine Erhöhung des Zuckerpreises zu bewilligen. Der Zuckerpreis ist schon jetzt in Ungarn um K 8 höher als in Oesterreich. Wenn die Differenz sich noch vermehren würde, so wäre es schwer, zu verhindern, daß von Oesterreich Zucker aus zweiter und dritter Hand in größeren Mengen nach Ungarn ginge und unsere Versorgung beeinträchtigte. Wahrscheinlich wird man behördliche Transportbewilligungen einführen, ohne welche man Zucker nicht nach Ungarn wird bringen dürfen. Eine Erhöhung des Preises vor Ende der Kampagne ist aber aus sozialen und wegen der Zusage der Regierung aus politischen Gründen sozusagen undiskutabel. Hier ist der Ausweg wohl vertretbar, daß die Regierung das Defizit durch Ermäßigung der ohnedies in Oesterreich-Ungarn unvergleichlich hohen Zuckersteuer von K 88 pro Mztr. auf sich nehme. Das wäre umso eher in Erwägung zu ziehen, als die gewaltige Steigerung des Verbrauches im Krieg der Regierung eine sehr beträchtliche Mehreinnahme der Zuckersteuer zugeführt hat, von der sie einen Teil opfern könnte, um die Preiserhöhung bis zum Ende der Kampagne zu verschieben und dann in mäßigen Grenzen zu halten. Die Maßnahme hätte denselben Charakter wie die fast durchgängig erfolgte Aufhebung der Zölle für die Lebensmittel, und so darf man dürfte sich nicht leicht dazu entschließen, und so darf man vielleicht schon in nächster Zeit, spätestens aber zu Ende der Kampagne, wieder einem heftigen Meinungsstreit wegen der Zuckerpreise entgegensehen.

Eine durch den Krieg schwer betroffene Industrie ist die Brauindustrie. Für die abgelaufene Kampagne haben

die großen Brauerei-Aktiengesellschaften zumist befriedigende Dividenden erzielt, mehrere große Brauereien haben sogar Rekordgewinne ausgewiesen und die im Vorjahr vorsichtshalber reduzierte Dividende wieder auf das Niveau vor dem Krieg erhöht. Aber diese Gewinne entstanden dadurch, daß diese Brauereien noch bedeutende alle Biervorräte hatten, sich mit Gerste und Malz noch ausreißend zu billigen Preisen decken und daher die Erhöhung der Gesteuerungskosten durch die Steigerung der Bierpreise mehr als ausgleichen konnten. Die zahlreichen kleinen Brauereien müssen schon im Vorjahr den Betrieb viel stärker reduzieren und ungünstig gearbeitet, viele Landbrauereien haben den Betrieb schon ganz eingestellt. Heuer liegen die Dinge aber auch für die großen Brauereien ganz anders. Ihre Biervorräte sind sehr reduziert und Gerste und Malz konnten sie nicht mehr einkaufen. Die Gerste wird den Brauereien und Mälzereien durch die K. G. V. A. zugewiesen. Ursprünglich sollten sie 55 bis 60 pCt. der normalen Erzeugung herstellen können. Vor Weihnachten wurde aber die Gerstenzuweisung vollständig gesperrt, und kurz darauf auch die Malzzuweisung. Infolgedessen müssen alle Brauereien ihren Betrieb ganz wesentlich einschränken, sie werden kaum den vierten Teil der Vorjahrserzeugung erreichen können. Der dadurch bewirkten enormen Verteuerung der Selbstkosten ist in den letzten Tagen durch eine Preiserhöhung um K 5 bis 8 pro hl Rechnung getragen worden. Mit großen Schwierigkeiten arbeitet auch die Papierindustrie infolge der Knappheit der verschiedenen Rohstoffe, doch ist es gerade in letzter Zeit wieder gelungen, einzelne fehlende Stoffe zuzuführen, so daß der dringendste Bedarf befriedigt werden kann, wenn auch manche Betriebe stehen und alle mit sehr reduziertem Betrieb arbeiten. Am unangenehmsten sind die Verhältnisse in der Textilindustrie, wo man lange Zeit nicht daran gedacht hat, die Rohstoffvorräte, die ja seit langem zum weitaus überwiegenden Teil für den Militärbedarf vorbehalten sind, auch in der Weise zu strecken, daß eine möglichst weit ausgedehnte Arbeitsperiode ermöglicht wird, was ohne Schaden für die Heeresversorgung hätte geschehen können. Für die Ausrüstung der Armee ist nicht die geringste Sorge, weil die Vorräte an Fertigware für jede denkbare Zeit ausreichen. Aber aus Mangel an Verarbeitungsmaterial muß nach und nach der größte Teil der Fabriken zum Stillstand gelangen und dadurch wird eine sehr große Anzahl von Arbeitern erwerbslos. Im allgemeinen ist ja so wie in Deutschland auch bei uns nicht Arbeitslosigkeit, sondern eher Arbeitermangel für die Kriegswirtschaft charakteristisch. Trotzdem wird es schwer fallen, die freierwerbenden Arbeiter zu beschäftigen, vor allem weil es sich überwiegend um Arbeiterinnen handelt. In den Industriestädten dürfte das Problem allmählich der Lösung zugeführt werden. Viel schwieriger ist es bei den Textilfabriken am Land, wo die Arbeiterfamilien zum großen Teil winzige landwirtschaftliche Betriebe besitzen, die sie nicht verlassen wollen und können und die doch für ihre Lebenshaltung nicht ausreichen. Es ist eine großangelegte Hilfsorganisation in Erwägung derart, die Unternehmern einen Teil des Lohns fortzahlen und der Staat einen Zuschuß leistet.

Die Rohölproduktion in Boryslaw und Tustanowice hält sich ziemlich konstant auf 200-220 Zisternen im Monat. Die Bohrtätigkeit beschränkt sich im wesentlichen auf die Rekonstruktion beschädigter Anlagen und auf die Beendigung der Bohrungen jener Schächte, die vor der Invasion nahe an den Rohölhorizont herabgelangt waren. Neubohrungen werden kaum in Angriff genommen. Der Preis des Rohöls, der nach der Befreiung des Rohölgebietes K 13-14 betrug, ist auf kaum K 10 gesunken, also unter jenen Preis von K 10, zu dem die österreichische Regierung das Rohöl für die staatliche Raffinerie beschlagnahmt hat. Man erinnert sich, daß die Interessenten diesen Preis bei den gestiegenen Selbstkosten der Produzenten nicht ausreichend bekämpft haben, aber es hat sich herausgestellt, daß die Raffinerie trotz der durch die Beschlagnahme eines Teiles der Neuproduktion verminderten Mengen, die ihnen zur Verfügung stehen, kaum einen höheren Preis bewilligen, als die Regierung zetteln hat. Dazu hat allerdings die Festsetzung des Höchstpreises für Petroleum, Benzin und andere Rohölprodukte beigetragen. Doch ist kein Zweifel, daß bei dem Höchstpreis von K 86 ohne Faß, aber einschließlich K 13 Verbrauchsabgabe und den entsprechenden Preisen der Nebenprodukte auch die Raffinerien reichlich ihre Rechnung finden. Allerdings wird die Zurückhaltung der Raffinerien auch dadurch nicht, daß der Abtransport des Rohöls unbefriedigend ist. Die Dezember-Produktion betrug 6598, weggeführt wurden per Bahn nur 2709 Tonnen, 2831 übernahm die staatliche Raffinerie, 1274 die Raffinerien im Rohölgebiet. Vom 1. bis 12. Januar wurden etwa 1800 Tonnen weggeführt. Davon entfällt aber ein großer Teil auf die alten Vorräte. Uebrigens halten sich die Raffinerien für die Verminderung ihrer Gewinn an Produktion, für die Höchstpreise festgesetzt sind, an jenen schadlos, die dieser Preisregelung noch entbehren, also vor allem an Paraffin und den verschiedenen Schmierölen, von denen nur einzelne bisher Höchstpreise erhalten haben. Paraffin, das früher K 42 gekostet hat, wird mit mehr als K 200 gehandelt. Schmieröle genießen Phantasiepreise. Es wird daher wagen, auch für diese Artikel Höchstpreise festzusetzen, was seinerzeit hauptsächlich wegen der zahlreichen im Handel vorkommenden Sorten und Marken unterblieben ist. Zwischen der staatlichen Raffinerie und der deutschen Regierung wegen Erneuerung des nach der Befreiung Galziens vereinbarten Schlusses auf 60 000 t Petroleum lieferbar bis Ende Januar statt. Für Februar und März sollen je 15 000 t, in den folgenden Monaten bis Ende Juni je 11 000 t geliefert werden. Während die staatliche Raffinerie die ersten 60 000 t vollständig geliefert hat, beabsichtigt sie von den weiteren Schlüssen den anderen Raffinerien einen Teil zu überlassen und sich für Januar 9000, für Februar 7000 und in den folgenden Monaten je 5000 t zur Lieferung vorzubehalten, um auch am Inlandsgeschäft teilnehmen zu können. Infolgedessen wird sie auch von der Rohölneuproduktion größere Mengen freizeben. Der Preis des Petroleum nach Deutschland war K 24, was einem Inlandspreis von K 37 (einschließlich K 13 Verbrauchsabgabe) entspricht. Die staatliche Raffinerie ist bestrebt, bei der Erneuerung einen etwas höheren Preis zu erzielen. Die Verhandlungen gestalten sich aber sehr schwierig, sowohl zwischen der staatlichen und den privaten Raffinerien als auch zwischen den österreichischen Interessenten und den deutschen Abnehmern. Die Regierung bemüht sich auch die Rohölproduktion, deren Organisation der Landesverband, schon lange nur ein Scheindasein geführt hat, das im Kriege ganz angeht hat, neu zu organisieren. Doch sind die ganzen Verhältnisse in der Rohöl- und Petroleum-Industrie so unklar und unsicher, durch die Kriegsverordnungen und die Vorzugsstellung der staatlichen Raffinerien sind sie noch schwieriger geworden, daß Organisationsbestrebungen in beiden Produktionsstufen sehr erschwert sind.